

■ AUFSCHWUNG BEGÜNSTIGT VERSTÄRKTE ARBEITSMARKT- POLITIK IN DER EU

Europa wird 1998 und 1999 das kräftigste Wirtschaftswachstum in der Triade erzielen. Die Beschleunigung der Konjunktur dynamik entlastet allmählich den Arbeitsmarkt und die öffentlichen Haushalte. Risiken für den Aufschwung drohen weniger von der Entwicklung in Südostasien als von der sehr kritischen Wirtschaftslage in Rußland.

Der asynchrone Verlauf der Konjunkturzyklen innerhalb der Triade sowie die Finanz- und Wirtschaftskrise in Südostasien haben eine Verschiebung der Wachstumspole der Weltwirtschaft zur Folge. Der asiatische Raum – früher das Wachstumszentrum der Weltwirtschaft – befindet sich in einer schweren Krise. Südostasien verzeichnet 1998 aufgrund des Rückgangs der Inlandsnachfrage einen Einbruch der Wirtschaftsentwicklung. In Indonesien und Thailand sinkt das reale Bruttoinlandsprodukt heuer merklich. Japan ist mit den betroffenen Volkswirtschaften über Außenhandels- und Finanzbeziehungen eng verbunden und deshalb auch von der Krise besonders in Mitleidenschaft gezogen. Es befindet sich in einer deflatorischen Situation, in der der Handlungsspielraum der Wirtschaftspolitik eingeschränkt ist; mit einer raschen Erholung kann nicht gerechnet werden.

Die Wirtschaft der USA entwickelt sich seit Mitte 1991 sehr günstig, das Bruttoinlandsprodukt steigt durchschnittlich real um 2,8% pro Jahr. Das hohe Wirtschaftswachstum bildet den wichtigsten Bestimmungsgrund für die Erfolge in der Budgetkonsolidierung (1998 werden die öffentlichen Haushalte einen Überschuss von ½% des BIP aufweisen) und auf dem Arbeitsmarkt (die Arbeitslosenquote sank auf knapp 5%). Bei anhaltend kräftiger Konsum- und Investitionsnachfrage wird die geringere Exportausweitung – die vor allem ein Ergebnis der kräftigen Dollaraufwertung ist – das Wirtschaftswachstum leicht dämpfen.

Zur Konjunkturlokomotive für die Weltwirtschaft könnte nun zunehmend Europa werden. Die Rahmenbedingungen für einen langen und kräftigen Aufschwung sind günstig: Der problemlose Übergang in die Währungsunion trägt zur Stabilisierung der Erwartungen von Investoren und Konsumenten bei. Das nominelle Zinsniveau ist merklich gesunken und entlastet Unternehmen und öffentliche Haushalte. Die Budgetpolitik wird nicht mehr so nachfragedämpfend wirken wie in den letzten Jahren. Die niedrigen Rohölpreise bedeuten eine merkliche Ko-

Der Autor dankt Stephan Schulmeister und Ewald Walterskirchen für wertvolle Anregungen und Hinweise. Aufbereitung und Analyse der Daten erfolgten mit Unterstützung von Waltraud Popp und Roswitha Übl.

stenentlastung. Die Konjunkturbelebung war in der EU 1997 noch primär vom Export getragen. Nun beleben sich in den großen Ländern aufgrund verbesserter Absatzerwartungen und günstiger Gewinnlage die Ausrüstungsinvestitionen. Mit steigenden Einkommen und einer Verbesserung der Beschäftigungssituation ergeben sich auch für den privaten Konsum – das mit Abstand wichtigste Nachfrageaggregat – wachsende Spielräume. Das Wirtschaftswachstum sollte sich in der EU somit auf real 2¾% (1998) und 3% (1999) erhöhen.

Die Konjunkturbelebung in den EU-Ländern bildet die wichtigste Voraussetzung für einen Rückgang der Arbeitslosenquote vom derzeit hohen Niveau (1997 10,6%). Die gegenwärtigen Wachstumsannahmen lassen bis 1999 ein langsames Sinken der Quote auf 10% erwarten. Mit dem Vertrag von Amsterdam haben die EU-Länder eine neue Grundlage für die Beschäftigungspolitik geschaffen – deren Stellenwert im Zielkatalog der EU-Politik in letzter Zeit merklich gestiegen ist. Die Kommission legte „Leitlinien zur Beschäftigungspolitik“ vor, die allerdings fast ausschließlich auf die Politik der einzelnen Mitgliedstaaten orientiert sind. Gesamtwirtschaftliche Überlegungen, die Handlungsanforderungen auf europäischer Ebene hätten entstehen lassen, finden sich kaum. Die Politikempfehlungen sollen von den Mitgliedsländern im Rahmen von „Nationalen Aktionsplänen für Beschäftigung“ verwirklicht werden. Eine erste Analyse der „Nationalen Aktionspläne“ zeigt, daß die Mitgliedstaaten den Schwerpunkt auf jene Maßnahmen legen, denen sie schon bisher hohe Aufmerksamkeit schenken.

Ein nicht zu vernachlässigendes Risiko für die europäische Konjunktur bildet die unsichere Lage in den Transformationsländern. In den fortgeschrittenen „Reformstaaten“ Ost-Mitteleuropas deutet alles auf eine Fortsetzung des Aufholprozesses hin, die Wachstumsdynamik wird allerdings immer wieder durch Zahlungsbilanzungleichgewichte gebremst. Rußland und andere Länder der GUS hingegen befinden sich in einer sehr kritischen Situation. Die restriktive Geldpolitik zur Verhinderung von Kapitalabflüssen erlaubt keine Belebung des Wirtschaftswachstums, der Verfall der Erdölpreise läßt die wichtigste Einnahmequelle spärlich fließen. Zur Zeit ist nicht absehbar, wie die Krisensituation ohne ein umfangreiches internationales Finanzhilfepaket bewältigt werden kann.

SÜDOSTASIEN IN DER KRISE

Die Finanz- und Wirtschaftskrise in Indonesien, Thailand, Malaysia, den Philippinen, Südkorea und Hongkong hatte zum Jahreswechsel 1997/98 massive Kapitalabflüsse, erhebliche Wertverluste der betroffenen Währungen, einen Verfall von Aktien- und Immobilienpreisen zur Folge. Die Reaktionen der Wirtschaftspolitik

Übersicht 1: Wirtschaftswachstum

	Bruttoinlandsprodukt			
	1996	1997	1998	1999
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Große Industrieländer	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,0	+ 2,3
USA	+ 2,8	+ 3,8	+ 2,8	+ 2,0
Japan	+ 3,9	+ 0,9	± 0,0	+ 1,5
Deutschland	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,0
Frankreich	+ 1,5	+ 2,4	+ 3,0	+ 3,0
Italien	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,3	+ 2,8
Großbritannien	+ 2,2	+ 3,3	+ 2,0	+ 1,8
Kanada	+ 1,2	+ 3,8	+ 3,3	+ 3,0
Kleine Industrieländer	+ 3,6	+ 3,9	+ 3,3	+ 3,5
Spanien	+ 2,3	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,5
Australien	+ 3,7	+ 2,7	+ 3,0	+ 3,0
Niederlande	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,8	+ 3,3
Türkei	+ 7,2	+ 6,3	+ 5,5	+ 5,0
Belgien	+ 1,5	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,8
Schweiz	- 0,2	+ 0,7	+ 2,0	+ 1,8
Schweden	+ 1,3	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,8
Österreich	+ 1,6	+ 2,5	+ 2,7	+ 3,0
Dänemark	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,0	+ 3,0
Portugal	+ 3,0	+ 3,5	+ 4,0	+ 3,8
Griechenland	+ 2,7	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,5
Norwegen	+ 5,3	+ 3,5	+ 4,5	+ 3,0
Finnland	+ 3,6	+ 5,9	+ 4,0	+ 4,0
Neuseeland	+ 2,7	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,0
Irland	+ 7,7	+10,5	+ 8,0	+ 6,0
Luxemburg	+ 3,0	+ 3,7	+ 3,5	+ 3,5
Island	+ 5,5	+ 5,0	+ 4,5	+ 3,5
Korea	+ 7,1	+ 5,5	- 0,3	+ 4,0
Mexiko	+ 5,2	+ 7,0	+ 5,0	+ 5,0
Polen	+ 6,1	+ 6,9	+ 6,0	+ 6,0
Ungarn	+ 1,3	+ 4,4	+ 5,0	+ 5,0
Tschechien	+ 3,9	+ 1,0	+ 2,0	+ 4,0
OECD insgesamt	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,5
EU	+ 1,8	+ 2,6	+ 2,8	+ 3,0

Q: OECD, nationale und eigene Schätzungen.

– zum Teil Ergebnis des Eingreifens des Internationalen Währungsfonds – bestanden in markanten Zinserhöhungen und einem Übergang zu einer scharf restriktiven Fiskalpolitik. Die Situation auf den Vermögensmärkten hat sich in den letzten Monaten etwas stabilisiert, die Lage des Bankensystems ist allerdings noch immer sehr labil. In Indonesien haben die sozialen Auswirkungen der Finanzkrise und der wirtschaftspolitischen Reaktionen auch unmittelbare politische Folgen. Der Verfall der Vermögenswerte verschlechterte die Liquiditätslage von Haushalten und Unternehmen merklich, Hochzinspolitik und eine drastische Verteuerung von Gütern des täglichen Bedarfs bewirken einen teils beträchtlichen Rückgang der Inlandsnachfrage. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes schwächt sich merklich ab. Positive Impulse kommen ausschließlich vom Export, der von der verbesserten preisbestimmten Wettbewerbsfähigkeit nach den Abwertungen profitiert. In Indonesien wird die Inlandsnachfrage 1998 nach Schätzungen der OECD um etwa 20% sinken¹⁾. Auch in Thailand dürften Nachfrage und Produktion gegenüber dem Vorjahr zurückgehen, in den anderen Ländern wird mit einem im Vergleich zur Vergangenheit außerordentlich niedrigen Wirtschaftswachstum gerechnet (Übersicht 2). Die

¹⁾ OECD Economic Outlook, 1998, (63).

Übersicht 2: Wirtschaftswachstum und Leistungsbilanz in Asien

	Bruttoinlandsprodukt			Leistungsbilanzsaldo		
	1997	1998	1999	1997	1998	1999
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real			In % des BIP		
Japan	+0,9	-0,3	+1,3	2,3	3,2	3,7
China	+8,8	+7,2	+7,5	2,5	1,2	0,6
Taiwan	+6,0	+5,9	+6,2	2,6	3,5	3,5
Hongkong	+5,2	+0,9	+3,8	3,0	2,1	2,5
Indonesien	+4,7	-8,5	+2,0	- 2,8	6,5	9,9
Malaysia	+7,8	+1,4	+3,5	- 5,1	- 0,5	4,9
Philippinen	+5,1	+1,8	+4,0	- 5,0	- 0,7	1,4
Singapur	+7,5	+3,2	+5,2	14,9	15,4	16,6
Thailand	-0,4	-1,5	+4,5	- 2,2	5,2	5,7
Korea	+5,5	-0,2	+4,0	- 1,8	4,8	7,3

Q: OECD.

schwache Inlandsnachfrage und die Positionsgewinne im Export bedeuten eine Umkehr der in den neunziger Jahren überwiegend negativen Leistungsbilanzsalden.

Die Industrieländer sind von der Finanzkrise in Asien in mehrfacher Hinsicht betroffen: Das Wachstum der Exportmärkte wird gedämpft, die Wettbewerbsposition auf Drittmärkten verändert sich, europäische und japanische Banken sind teils erheblich in die Krise involviert, die Kapitalströme (Direkt- und Portfolioinvestitionen) verändern sich. Übereinstimmend gehen die internationalen Studien über die Auswirkungen der Asienkrise auf die Industrieländer aber davon aus, daß vor allem die USA und Europa – wo der Konjunkturaufschwung selbsttragend geworden ist – kaum merklich beeinträchtigt sind²⁾. Dies gilt nicht für Japan.

KRITISCHE LAGE IN JAPAN

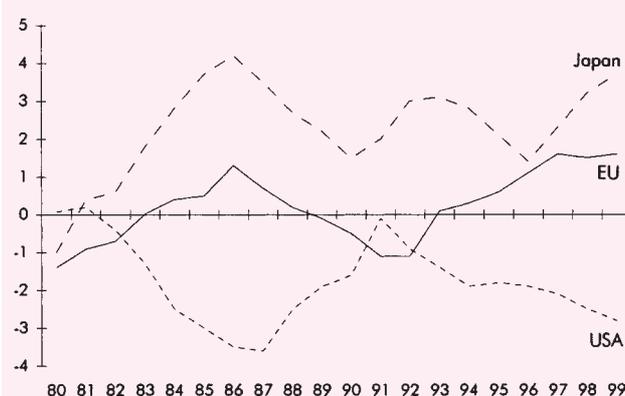
Japans Wirtschaft steht unter dem Druck der Krise in Südostasien. Damit bricht die Konjunkturerholung neuerlich ab. Die Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung der Rezession sind angesichts des geringen Vertrauens von Konsumenten und Investoren eingeschränkt. Ein umfangreiches Fiskalpaket soll nun zu einer Stabilisierung der Erwartungen beitragen.

Japan ist mit den von der „Asienkrise“ betroffenen Volkswirtschaften durch Außenhandels- und Finanzbeziehungen besonders eng verbunden. Die Entwicklung in Südostasien trifft die Konjunktur zudem in einer besonders heiklen Phase. Japan leidet sieben Jahre nach dem Platzen der „spekulativen Blasen“ auf Immobilien- und Fi-

²⁾ Zu den Auswirkungen der Krise auf die Industrieländer und Österreich vgl. auch Hahn, F. R., Marterbauer, M., Schulmeister, St., Stanovsky, J., „Finanzkrise in Südostasien – Auswirkungen auf Österreich“, WIFO-Monatsberichte, 1998, 71(3).

Abbildung 1: Leistungsbilanzsaldo

In % des BIP



nanzmärkten noch immer unter den Folgen dieser Krise. Der Bankensektor weist nach wie vor eine Vielzahl notleidender Kredite aus und ist aufgrund der Erfordernisse der Einhaltung verschärfter Eigenkapitalbestimmungen zurückhaltend in der Kreditvergabe. Konsum- und Investitionsnachfrage sind aufgrund der ungünstigen Finanzsituation vieler privater Haushalte und Unternehmen und der tiefen Verunsicherung über den weiteren Verlauf sehr verhalten. Erst 1996 zeigten sich erste Anzeichen einer vorsichtigen Belebung der Konjunktur, die vor allem von den positiven Effekten der Yen-Abwertung seit 1995 ausgingen. Diese Entwicklung ist nun wieder gestoppt. Nachfrage und Produktion waren im IV. Quartal 1997 und im I. Quartal 1998 saisonbereinigt rückläufig.

Die Wirtschaftspolitik verfügt gegenwärtig kaum über Handlungsspielraum, um der Rezession wirkungsvoll zu begegnen: Die Leitzinsen wurden schon im Herbst 1995 auf ½% gesenkt. Aufgrund stagnierender Preise blieben die realen Kredit- und Anleihezinsen aber deutlich über der Rate des Wirtschaftswachstums. Angesichts negativer Unternehmer- und Verbrauchererwartungen und einer deflatorischen Situation der Gesamtwirtschaft bringen Zinssenkungen kaum merkliche reale Effekte mit sich. Allerdings trugen die niedrigen Nominalzinsen zu einer kräftigen Abwertung des Yen bei, die den Export in die OECD-Länder stimulierte. Als wirksamer können sich in dieser Konjunktursituation Maßnahmen der Fiskalpolitik erweisen. Die öffentlichen Haushalte sind in den neunziger Jahren aufgrund des niedrigen Wirtschaftswachstums allerdings bereits erheblich ins Defizit geraten. 1997 wurde – wie sich nun herausstellt zu früh – ein restriktiver Budgetkurs eingeschlagen. Die Regierung setzt nun wieder auf expansive Fiskalpolitik und hat im April ein Konjunkturbelebungs paket vorbereitet, das Einkommensteuersenkungen, öffentliche Infrastrukturinvestitionen und Liquiditätshilfen für Klein- und Mittelbetriebe kombiniert. Allerdings kann auch durch einen kräftigen Fiskalschub das Vertrauen von Konsumenten

Übersicht 3: Wirtschaftswachstum, Inflation und Leistungsbilanz in Osteuropa und der GUS

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise ¹⁾				Leistungsbilanzsaldo			
	1996	1997	1998	1999	1996	1997	1998	1999	1996	1997	1998	1999
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				Veränderung gegen das Vorjahr in %				Mrd. \$			
CEE 7	+ 3,5	+2,1	+3½	+4½	-12	-12	-14	-16
CEE 5	+ 4,7	+4,9	+4½	+5	- 9	-10	-11	-13
Tschechien	+ 3,9	+1,0	+2	+4	+ 8,8	+ 8,5	+12	+ 8	- 4	- 3	- 2	- 3
Ungarn	+ 1,3	+4,4	+5	+5	+ 23,6	+ 18,3	+14½	+11	- 2	- 1	- 1	- 2
Polen	+ 6,1	+6,9	+6	+6	+ 19,9	+ 14,9	+13	+10	- 1	- 4	- 7	- 8
Slowakei	+ 6,6	+6,5	+4	+3	+ 5,8	+ 6,1	+ 7	+ 8	- 2	- 1	- 1	- 1
Slowenien	+ 3,1	+3,8	+3	+3	+ 9,7	+ 9,1	+ 9	+ 8½	0	0	0	0
Bulgarien	-10,9	-6,9	+2	+3	+123,0	+1.082,2	+35	+20	0	0	0	0
Rumänien	+ 4,1	-6,6	±0	+3	+ 38,8	+ 154,7	+80	+50	- 3	- 3	- 2	- 3
Kroatien	+ 6,0	+6,5	+4½	+4½	+ 3,5	+ 3,6	+ 6½	+ 6	- 1	- 2	- 2	- 2
Rußland	- 4,9	+0,4	+1	+2	+ 47,6	+ 14,6	+13	+10	12	2	0	- 3
Ukraine	-10,0	-3,2	+1	+3	+ 80,2	+ 15,9	+12	+10	- 1	- 1	- 2	- 2

Q: WIIW. - 1) Slowenien, Kroatien: Einzelhandelspreise.

und Investoren nur langsam wiederhergestellt werden. 1998 dürfte die japanische Wirtschaft in der Rezession verharren (BIP-Wachstum real $\pm 0\%$), für 1999 kann eine vorsichtige Erholung erwartet werden ($+1\frac{1}{2}\%$).

KRÄFTIGE KONSUM- UND INVESTITIONSNACHFRAGE IN DEN USA

Die Konjunktur verläuft in den USA auch im achten Aufschwungsjahr außerordentlich gut. Nach einem realen Wirtschaftswachstum von 3,8% im Jahr 1997 war die Dynamik im I. Quartal 1998 mit einer Expansion um 4¾% ungebrochen. Den Konjunkturmotor bildet die Inlandsnachfrage, sie wächst etwa doppelt so rasch wie in der EU. Der private Konsum profitiert von der anhaltend deutlichen Beschäftigungsausweitung und – allerdings erst seit dem Vorjahr – steigenden realen Stundenlöhnen. Das kräftige Nachfragewachstum und hohe Gewinne veranlassen die Unternehmen zu einer raschen Ausweitung ihrer Investitionstätigkeit – vor allem im Bereich der Kommunikationstechnologien.

Die starke Expansion des BIP bildet die wichtigste Determinante für die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Haushalten. Die Arbeitslosenquote sank 1997 auf knapp 5% – ein Niveau, das die OECD als Vollbeschäftigung interpretiert –, ohne daß bislang inflationäre Effekte aufgetreten wären. Die öffentlichen Haushalte schlossen 1997 ausgeglichen ab und dürften 1998 einen konjunkturbedingten Überschuß von ½% des BIP aufweisen. Weniger günstig entwickelt sich die Leistungsbilanz – sie ist von der hohen Inlandsnachfrage und damit markanter Importdynamik geprägt. Sie schloß im vergangenen Jahr mit einem Defizit von gut 2% des BIP, das sich bis 1999 noch ausweiten dürfte. Die Krise in Südostasien (8½% der Exporte der USA gehen in die fünf am meisten betroffenen Länder) und vor allem die starke Aufwertung des Dollars (der real-effektive Wechselkurs stieg seit April 1995 um 30%) bewirken eine merkliche Abschwächung des Exports. Bei anhaltend kräftiger Inlandsnachfrage dürfte das Nach-

lassen des Exportwachstums 1998 und 1999 eine allmähliche Dämpfung des Wirtschaftswachstums bewirken. Dieses ist 1998 allerdings mit real 2¾% gleich hoch wie in der EU und könnte sich erst 1999 auf etwa 2% verringern.

LABILE WIRTSCHAFTSLAGE IN RUSSLAND

Rußland befindet sich in einer schwierigen Wirtschaftssituation. Zwar schrumpfte das BIP 1997 erstmals seit Anfang der neunziger Jahre nicht mehr. Die restriktive Geldpolitik, die drohende Kapitalabflüsse hintanhaltend soll, verhindert aber eine Belebung. Der Rückgang der Rohölpreise trifft Rußland besonders empfindlich.

Die Wirtschaft der Transformationsländer entwickelt sich sehr unterschiedlich³⁾. Vor allem in Rußland und der Ukraine ist die Lage äußerst kritisch. Die Prognosen internationaler Institutionen für die Wirtschaftsentwicklung in der GUS erwiesen sich in den letzten Jahren immer wieder als zu optimistisch. 1997 ging die Produktion in Rußland erstmals nicht mehr zurück – das BIP lag (gemäß offiziellen russischen Statistiken) bei nur etwa 60% des Wertes von 1990, das Niveau der Industrieproduktion erreichte weniger als 50%, jenes der Investitionen weniger als 30% von 1990. Das für 1997 gemeldete leichte Wachstum des BIP ($+1\frac{1}{2}\%$) kann jedoch nicht als Hinweis auf eine Trendwende interpretiert werden. Zu groß ist die Bremswirkung ungelöster institutioneller und politischer Probleme. Die niedrigen Rohölpreise beeinträchtigen die Exporterlöse, die Ausfuhr von Industriewaren konnte sich aufgrund der realen Aufwertung nicht

³⁾ Die aktuelle Entwicklung in den Transformationsländern analysieren ausführlich Podkaminer, L., Vidovic, H., et al., „Externe Defizite der Transformationsländer niedriger als befürchtet. Die Wirtschaft der Oststaaten 1997/98“, WIFO-Monatsberichte, 1998, 71(5).

Übersicht 4: Entwicklung des Welthandels

	1996	1997	1998	1999
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Welthandel, real	+ 6%	+ 9%	+ 7	+ 7
OECD insgesamt				
Exporte	+ 6%	+ 11%	+ 7½	+ 7
Importe	+ 6%	+ 10	+ 9	+ 7½
Intra-OECD-Handel (Durchschnitt Exporte/Importe)	+ 6	+ 11%	+ 9½	+ 7½
Nicht-OECD-Länder				
Exporte	+ 5½	+ 7¾	+ 6	+ 6¾
Importe	+ 6%	+ 7¾	+ 2	+ 5%
	Mrd. \$			
Leistungsbilanzsaldo				
Welt	- 69	- 28	- 50	- 46
OECD insgesamt ¹⁾	- 11	25	7	11
USA	-148	-166	-211	-249
Japan	66	95	125	147
EU	91	126	125	137
Deutschland	- 13	- 1	9	14
Südostasiatische Länder ²⁾	- 8	9	38	53
Sonstige Entwicklungsländer	- 49	- 56	- 87	-101
Osteuropa und GUS	- 1	- 6	- 8	- 9

Q: OECD. – ¹⁾ Einschließlich Koreas, Mexikos, Polens, Ungarns und Tschechiens. – ²⁾ Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Taiwan, Thailand.

beleben. Einen wichtigen Unsicherheitsfaktor bildet die anhaltende Instabilität der Kapitalmärkte. Vor allem aber hemmt die extrem restriktive Geldpolitik – die zur Eindämmung der Kapitalflucht und zur Stabilisierung des Rubelwechsellkurses betrieben wird – die Wirtschaftsentwicklung. Zur Zeit ist nicht absehbar, wie Rußland ohne umfangreiche Finanzhilfen des Internationalen Währungsfonds aus der schwierigen Wirtschaftssituation gelangen kann.

ZAHLUNGSBILANZ BILDET WACHSTUMS- BESCHRÄNKUNG IN OST-MITTELEUROPA

Das Niveau von Nachfrage und Produktion des Jahres 1990 wurde auch in den ostmitteleuropäischen Ländern meist noch nicht wieder erreicht. Dennoch wächst dort die Wirtschaft schon seit einigen Jahren sehr kräftig, und mittelfristig deuten alle Faktoren auf ein Anhalten der Dynamik des Aufholprozesses hin. Die wichtigste Wachstumsbeschränkung geht nach wie vor von der Zahlungsbilanz aus. Die rege Inlandsnachfrage läßt die Importe kräftig zunehmen; steigende Leistungsbilanzdefizite geben Anlaß zu restriktiven Stabilisierungsprogrammen. Ungarn – Österreichs drittgrößter Handelspartner – hat die Auswirkungen des Restriktionsprogramms von 1995 mittlerweile überwunden und verzeichnet nun wieder ein kräftigeres Wirtschaftswachstum. Tschechiens Wirtschaft hingegen erholt sich nur langsam von der Krise des vergangenen Jahres. In Polen weitete sich das Defizit in der Leistungsbilanz besonders rasch aus, wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen erwiesen sich bislang als nicht wirksam. Den hohen Handels- und Leistungsbilanzdefiziten in den Transformationsländern müßte mit einer Dämpfung der Inlandsnachfrage und steigender Wettbewerbsfähigkeit im Export (durch Pro-

Übersicht 5: Entwicklung der Weltmarktrohstoffpreise

HWWA-Index	Gewicht In %	1996	1997	1998	1999
		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Insgesamt	100,0	+ 3	- 2	-16	+ 5
Ohne Rohöl	39,5	- 9	+ 0	- 9	+ 1
Nahrungs- und Genußmittel	10,0	- 2	+ 6	- 6	- 5
Getreide	2,1	+21	-21	- 4	± 0
Ölsaaten, Öle	2,0	+15	- 1	-10	+ 1
Genußmittel, Zucker	5,9	-14	+20	- 6	- 8
Industrierohstoffe	29,5	-13	- 2	-11	+ 3
Agrarische Industrierohstoffe	16,9	-14	- 4	-11	+ 3
NE-Metalle	9,0	-16	+ 2	-15	+ 5
Eisenerz, Schrott	3,7	+ 3	- 0	+ 2	+ 2
Energierohstoffe	60,5	+16	- 4	-22	+ 9
Kohle	5,0	- 2	- 2	- 6	+ 5
Rohöl	55,5	+18	- 4	-23	+ 9

Q: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg.

duktivitätssteigerungen und Abwertungen) begegnet werden. Westeuropa könnte diesen Prozeß mit verstärkten Direkt- und Infrastrukturinvestitionen – etwa im Bereich des Ausbaus der europäischen Verkehrs- und Telekommunikationsnetze – unterstützen.

MERKLICHER RÜCKGANG DER INTER- NATIONALEN ROHSTOFFPREISE

1997 expandierte der Welthandel real um 9¾% – deutlich rascher als erwartet. Diese Dynamik wird sich heuer – primär unter dem Eindruck der Asienkrise – nicht mehr fortsetzen. Der Nachfragerückgang in Asien dämpft auch die Preise auf den internationalen Rohstoffmärkten. Primär schlägt allerdings der Verfall der Rohölpreise seit Ende 1997 durch. Die Preise auf den Rohölmärkten könnten im Jahresdurchschnitt 1998 um fast ein Viertel unter dem Vorjahresniveau liegen. Der HWWA-Index für Weltmarktrohstoffpreise dürfte heuer um 16% zurückgehen und 1999 nur leicht steigen (+5%). Die Preisentwicklung auf den internationalen Märkten bedeutet für viele Entwicklungsländer eine merkliche Belastung, für die Industrieländer allerdings eine erhebliche Dämpfung der Importpreise und damit eine Bremse für den Preisaufruf auf Produzenten- und Verbraucherebene.

KONJUNKTURAUFSCHWUNG FESTIGT SICH IN EUROPA

In Europa haben sich die Rahmenbedingungen für einen Konjunkturaufschwung merklich gebessert. Der Übergang zur Währungsunion geht problemlos vor sich, die festen Wechselkurse stabilisieren die Erwartungen von Exporteuren und Investoren. Das nominelle langfristige Zinsniveau sank in den letzten Monaten vor allem in den südeuropäischen Ländern, aber auch in Deutschland und Frankreich merklich; das sollte Bau- und Ausrüstungsinvestitionen begünstigen und die öffentlichen Haushalte weiter entlasten. Die am stärksten nachfrage-

Abbildung 2: Wachstum und Beschäftigungsentwicklung in der EU

Veränderung gegen das Vorjahr in %

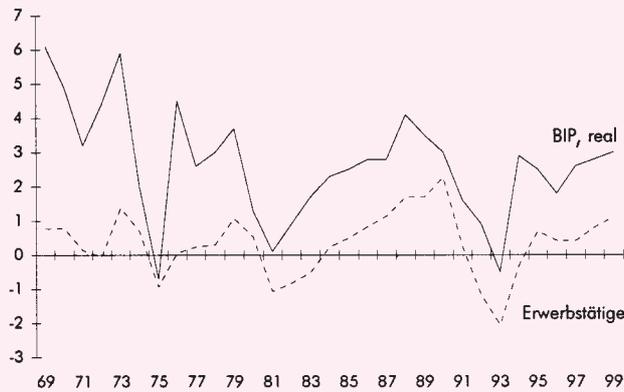


Abbildung 3: Arbeitsmarktentwicklung in der EU

Mill. Personen



dämpfenden Maßnahmen der Budgetkonsolidierung sind weitgehend abgeschlossen. Damit erhält die Inlandsnachfrage wieder größeren Expansionspielraum. Zudem begünstigen die niedrigen Rohölpreise die Entwicklung in Europa.

Der Konjunkturaufschwung hat sich in den EU-Ländern seit dem 2. Halbjahr 1997 in unterschiedlichem Ausmaß auf die Inlandsnachfrage ausgedehnt. Das verleiht

Die Konjunkturbelebung in der EU hat nun alle Mitgliedsländer erfaßt und dehnt sich zunehmend auf die Inlandsnachfrage aus. Damit werden auch stärkere Beschäftigungseffekte des Aufschwungs spürbar. Die Preise bleiben weitgehend stabil.

der Erholung eine breitere und festere Basis. In den meisten Ländern reagieren die Ausrüstungsinvestitionen auf die verbesserten Absatzerwartungen und die gute Gewinnlage. Bei steigenden Realeinkommen und gefestigter Beschäftigungslage sollte auch der private Konsum – das mit Abstand wichtigste Nachfrageaggregat – stärkere Dynamik entfalten. Nachfrage und Produktion expandierten 1997 in der Mehrzahl der kleinen Mitgliedstaaten merklich rascher als in den großen Ländern. 1998 und 1999 sollte sich aber auch in Deutschland, Frankreich und Italien die Erholung beschleunigen.

In Deutschland expandierte das BIP im 2. Halbjahr 1997 real um 2,4%. Weiterhin trug vor allem der Export die Konjunktur. Er profitiert von steigender Nachfrage der Handelspartner und einer merklichen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie infolge der günstigen Wechselkursentwicklung und merklich sinkender Lohnstückkosten. 1998 wird Deutschland erstmals seit 1990 wieder einen Überschuß in der Leistungsbilanz aufweisen. Nach einigem Zögern beleben sich seit der zweiten Jahreshälfte 1997 auch die Ausrüstungsinvesti-

tionen spürbar. Hingegen können von den Bauinvestitionen noch keine Wachstumsbeiträge erwartet werden.

Der private Konsum zeigte sich im I. Quartal sehr dynamisch. Dies ist allerdings primär auf steuerliche Veränderungen zurückzuführen. Die Verringerung des Solidaritätszuschlags und die Anhebung des Grundfreibetrags in der Einkommensbesteuerung haben seit Jahresbeginn die verfügbaren Einkommen erhöht; gleichzeitig wurden vor der Erhöhung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer von 15% auf 16% seit 1. April Vorziehkäufe getätigt. Dennoch dürften zunehmend auch Konjunkturreffekte wirksam werden. Die Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit steigen heuer etwas stärker als 1997, die Beschäftigung dürfte erstmals seit der Wiedervereinigung leicht ausgeweitet werden. Kräftig nehmen hingegen weiterhin die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zu. Die führenden deutschen Konjunkturforschungsinstitute erwarten für 1998 und 1999 ein Wirtschaftswachstum von real 2,6% bzw. 2,7%⁴⁾. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt dennoch sehr schwierig. Die Beschäftigung ist seit 1993 um 4% gesunken und dürfte auch 1998 noch nicht steigen. Nachdem im Vorjahr aus fiskalpolitischen Gründen die Ausgaben für Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen kurzfristig sehr stark gekürzt wurden, sind heuer wieder Ausgabenerhöhungen möglich. Das wird – rein statistisch – die Arbeitslosenzahl verringern. Die Arbeitslosenquote bleibt mit 9¾% aber sehr hoch.

In Frankreich steigt die Beschäftigung schon seit dem Frühjahr 1997. Die Sachgütererzeugung erhielt zunächst primär vom Export, zunehmend aber auch von der Inlandsnachfrage Impulse. Der leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit gegen Jahresende 1997 hat das Verbrauchervertrauen spürbar verbessert, die verfügbaren

⁴⁾ Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1998, Mai 1998.

Übersicht 6: Arbeitslosenquote und Inflation

	Arbeitslosenquote ¹⁾			Verbraucherpreise ²⁾				
	1996	1997	1998	1999	1996	1997	1998	1999
	In % der Erwerbspersonen			Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Große Industrieländer	6,8	6,6	6,5	6,5	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 2,0
USA	5,4	4,9	4,8	5,0	+ 2,9	+ 2,3	+ 1,3	+ 2,0
Japan	3,4	3,4	3,5	3,5	- 0,1	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,0
Deutschland	8,9	9,7	9,8	9,5	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,0
Frankreich	12,4	12,4	12,0	11,5	+ 2,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,5
Italien	12,0	12,1	12,0	11,8	+ 4,0	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,3
Großbritannien	8,2	7,1	6,5	7,0	+ 2,4	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,5
Kanada	9,7	9,2	8,5	8,3	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,5
Kleine Industrieländer ³⁾	9,1	8,6	8,3	8,0	+13,0	+13,0	+12,3	+12,5
Spanien	22,1	20,8	19,5	18,5	+ 3,6	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,3
Australien	8,6	8,7	8,0	7,8	+ 2,6	+ 0,3	+ 0,5	+ 1,5
Niederlande	6,3	5,2	4,5	4,3	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0
Türkei	6,5	6,1	6,0	6,0	+80,4	+85,7	+80,0	+80,0
Belgien	9,7	9,2	8,8	8,5	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,8
Schweiz	4,7	5,2	4,5	4,3	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,3	+ 1,0
Schweden	10,0	10,2	9,3	8,8	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,3
Österreich	4,3	4,4	4,5	4,4	+ 1,9	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,5
Dänemark	6,9	6,1	5,3	5,0	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,5
Portugal	7,3	6,8	6,3	6,0	+ 3,1	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,5
Griechenland	9,6	9,6	9,5	9,3	+ 8,2	+ 5,5	+ 5,0	+ 4,0
Norwegen	4,9	4,1	3,5	3,8	+ 1,3	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,5
Finnland	15,3	14,0	12,5	11,0	+ 0,6	+ 1,2	+ 2,0	+ 2,0
Neuseeland	6,1	6,7	6,8	6,5	+ 2,3	+ 1,2	+ 1,5	+ 2,0
Irland	11,6	10,2	9,3	8,5	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,3	+ 3,0
Luxemburg	3,3	3,7	3,5	3,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5
Island	4,4	3,8	3,5	3,5	+ 2,2	+ 1,8	+ 2,5	+ 3,5
Korea	2,0	2,6	6,0	6,5	+ 4,9	+ 4,4	+10,0	+ 7,0
Mexiko	5,5	3,7	3,5	3,5	+34,4	+20,6	+15,0	+10,0
Polen	13,2	10,5	10,0	10,0	+19,9	+14,9	+13,0	+10,0
Ungarn	10,7	10,4	10,0	10,0	+23,5	+18,3	+14,5	+11,0
Tschechien	3,5	5,2	7,0	8,0	+ 8,8	+ 8,5	+12,0	+ 8,0
OECD insgesamt ³⁾	7,6	7,3	7,0	7,0	+ 5,0	+ 4,3	+ 3,5	+ 3,8
EU	10,9	10,6	10,3	10,0	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,3

Q: OECD, nationale und eigene Schätzungen. – ¹⁾ Standardisiert (außer Island, Korea, Mexiko, Polen, Schweiz, Tschechien, Türkei und Ungarn). – ²⁾ Gewichtet mit dem Anteil am privaten Konsum zu Kaufkraftparitäten. – ³⁾ Verbraucherpreise ohne Korea, Polen, Ungarn und Tschechien.

Realeinkommen werden – bei weitgehender Preisstabilität – im laufenden Jahr kräftig wachsen und so den privaten Konsum weiter beleben. Die Investitionen in Maschinen und Fahrzeuge sollten 1998 und 1999 zunehmend an Dynamik gewinnen. Übereinstimmend erwarten die französischen Konjunkturforschungsinstitute nach dem Exportboom des vergangenen Jahres nunmehr negative Wachstumsbeiträge vom Außenhandel. Die Importe nehmen aufgrund der kräftigen Inlandsnachfrage rasch zu, während das Exportwachstum sich merklich abschwächt. Dennoch kann 1998 und 1999 mit einem Wachstum des BIP von real etwa 3% gerechnet werden.

Auch in Italien hat sich das Wirtschaftswachstum im 2. Halbjahr 1997 beschleunigt, im Jahresdurchschnitt erhöhte sich das BIP allerdings real um nur 1½%. Das Wachstum war von Export und Lageraufbau getragen, aber auch der private Konsum zeigte sich lebhaft – allerdings zum guten Teil aufgrund der fiskalischen Anreize zur Verschrottung von Altfahrzeugen. Mit dem Übergang zu einer weniger restriktiven Budgetpolitik entstehen nun zusätzliche Spielräume für private Konsumausgaben. Der starke Rückgang des Zinsniveaus begünstigt die Investitionstätigkeit, die Ausrüstungsinvestitionen beleben sich seit Jahresbeginn, und auch die Bauinvestitionen sollten 1998 – zusätzlich bedingt durch steuerliche An-

reize – merklich wachsen. Das BIP dürfte heuer um 2¼% expandieren, 1999 um 2¾%.

Eine deutliche Konjunkturabschwächung wird allein für Großbritannien erwartet. Die Bank of England versucht, den – bereits leicht inflationär wirkenden – Konsumboom mit einer merklichen Anhebung des Zinsniveaus einzudämmen. Die Verbraucherpreise stiegen im April gegenüber dem Vorjahr um 4%. Die Zinserhöhungen trugen allerdings zu einer erheblichen effektiven Aufwertung des Pfund Sterling bei, die wiederum die Wettbewerbsfähigkeit der britischen Exportindustrie spürbar schwächt. Das Wirtschaftswachstum, 1997 real noch 3¼%, wird heuer höchstens 2% erreichen und dürfte auch 1999 unterdurchschnittlich bleiben.

NATIONALE AKTIONSPÄNE FÜR BESCHÄFTIGUNG IN DEN EU-MITGLIEDSTAATEN

In der Europäischen Union haben Fragen der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik im Rahmen der Koordination der Wirtschaftspolitik jüngst größere politische Bedeutung erlangt. Anlässlich des Sondergipfels in Luxemburg im November 1997 akzeptierte der Europäische Rat auf Grundlage des Art. 128 EGV des Amster-

Übersicht 7: Arbeitsmarktlage 1996 in den EU-Mitgliedsländern

	Arbeitslosen-	Jugendarbeits-	Langzeitarbeits-	Insgesamt Vollzeit- äquivalent	Beschäftigungsquote			Teilzeitbeschäftigte		
	quote	losenquote	lose		Insgesamt	Frauen	Männer	Insgesamt	Frauen	Männer
	In % der Erwerbs- personen	In % der Erwerbsbevöl- kerung (15 bis 24 Jahre)	In % der Arbeitslosen		In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter			In % der unselbständig Beschäftigten		
Belgien	9,7	22,9	61,2	52,5	56,6	45,8	67,3	14,0	30,6	3,0
Dänemark	6,9	10,6	26,6	67,1	75,5	68,6	82,3	21,5	34,6	10,8
Deutschland	8,9	9,6	47,8	56,9	62,6	53,8	71,3	16,5	33,6	3,8
Griechenland	9,6	31,0	56,7	55,5	56,9	39,7	75,4	5,3	8,9	3,3
Spanien	22,1	41,9	52,9	45,1	47,2	32,6	62,1	8,0	17,0	3,1
Frankreich	12,4	28,9	38,3	55,9	60,3	52,8	68,0	16,0	29,5	5,2
Irland	11,6	18,1	59,6	52,6	56,3	43,3	69,1	11,6	22,2	5,0
Italien	12,0	33,5	65,6	50,0	51,4	36,6	66,5	6,6	12,7	3,1
Luxemburg	3,3	9,1	–	57,4	59,6	43,8	75,0	7,9	18,3	1,9
Niederlande	6,3	11,5	49,0	51,5	65,1	54,3	75,7	38,1	68,5	17,0
Österreich	4,3	6,0	25,7	65,0	69,8	60,7	78,9	14,9	28,8	4,2
Portugal	7,3	16,7	53,0	63,8	66,0	56,9	75,8	8,7	13,1	5,1
Finnland	15,3	38,2	35,9	58,3	61,7	59,5	63,8	11,6	15,7	7,9
Schweden	10,0	21,1	19,1	63,2	70,3	69,0	71,6	24,5	41,8	8,9
Großbritannien	8,2	15,5	39,8	59,3	69,8	63,1	76,4	24,6	44,8	8,1
EU	10,9	21,8	48,2	55,0	60,3	50,2	70,4	16,4	31,6	5,5

Q: Europäische Kommission, Beschäftigung in Europa, Luxemburg, 1997; OECD.

damer Vertrags Leitlinien der Beschäftigungspolitik, die von den Mitgliedstaaten im Rahmen von „Nationalen Aktionsplänen für Beschäftigung“ verwirklicht werden sollen. Die Umsetzung wird erstmals anlässlich der Rats- tagung in Wien im Dezember 1998 überprüft werden. Die Maßnahmen sind fast ausschließlich auf die Arbeits-

Der Amsterdamer Vertrag brachte eine Institutionalisation der europäischen Beschäftigungspolitik. Europäische Kommission und Europäischer Rat haben 19 Leitlinien zur Beschäftigungspolitik erstellt, die auf nationalstaatlicher Ebene in „Aktionsplänen für Beschäftigung“ umgesetzt werden sollen. Die Maßnahmen werden in den nächsten Jahren zu einem Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik in den Mitgliedsländern führen und können – zusammen mit der konjunkturbedingten Entlastung der Arbeitsmärkte – zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit beitragen.

marktpolitik der Mitgliedstaaten konzentriert; gesamtwirtschaftliche Überlegungen, die Handlungsanforderungen auf europäischer Ebene hätten entstehen lassen, fanden kaum Eingang in die Politikempfehlungen.

Übersicht 7 zeigt, wie uneinheitlich die Ausgangssituation auf den Arbeitsmärkten in der EU ist. Nicht nur die Arbeitslosenquote und die Beschäftigungsquote differieren erheblich, sondern auch das Ausmaß der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit oder der Teilzeitbeschäftigung. Österreich gehört mit seiner Arbeitsmarktsituation zur Spitzengruppe der EU-Länder – das Ergebnis einer relativ stark beschäftigungsorientierten Wirtschafts- und

Sozialpolitik in den siebziger, zum Teil auch noch in den achtziger Jahren. In den neunziger Jahren hingegen hat sich die Arbeitsmarktlage in Österreich leicht, aber stetig verschlechtert, während eine Reihe kleinerer EU-Länder zumindest die Arbeitslosenquote verbessern konnte.

Eine erste Analyse der „Nationalen Aktionspläne“ für Beschäftigung der einzelnen Länder zeigt – im Rahmen der vorgegebenen Leitlinien – eine starke Betonung jener Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, denen die einzelnen Länder schon bisher große Bedeutung beigemessen haben. Im österreichischen Aktionsplan fällt – bei der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit der EU-Länder – der Schwerpunkt auf der Bekämpfung von Beschäftigungsproblemen Jugendlicher auf. Die Einführung neuer Lehrberufe, die Schaffung einer „Vorlehre“ für Jugendliche mit Vermittlungshemmnissen, die Schaffung von Berufslehrgängen an den Berufsschulen und anderer Auffangnetze für jene Jugendlichen, die keinen Lehrplatz finden, und eine Kostenentlastung für ausbildende Betriebe bilden wesentliche Elemente des Maßnahmenkatalogs. Österreich hat sich aber auch konkrete quantitative Ziele gesetzt – mit dieser Forderung war man ursprünglich auf europäischer Ebene nicht durchgedrungen: Bis 2002 soll die Zahl der Beschäftigten um 100.000 steigen und die Arbeitslosenquote um 1 Prozentpunkt auf 3½% zurückgeführt werden.

Die Niederlande werden international angesichts des beeindruckenden Rückgangs der Arbeitslosenquote immer wieder als beschäftigungspolitisches Vorbild zitiert, verzeichnen aber erhebliche Probleme auf dem Arbeitsmarkt: Vor allem zählt die Beschäftigungsquote gemessen in Vollzeitarbeitsplätzen zu den niedrigsten in der EU, und der Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit liegt bei etwa 50%. Prioritäten der niederländischen Arbeitsmarktpolitik der kommenden Jahre werden konkrete Ak-

*Übersicht 8: Leitlinien für die Beschäftigungspolitik**Säule I: Verbesserung der Vermittelbarkeit*

- Leitlinie 1 Neustart für Jugendliche
- Leitlinie 2 Neustart für langzeitarbeitslose Erwachsene
- Leitlinie 3 Erhöhung der Personenzahl in aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen
- Leitlinie 4 Sozialpartnervereinbarung für Ausbildung, Berufserfahrung, Praktika, Verbesserung der Vermittelbarkeit
- Leitlinie 5 Lebensbegleitende Weiterbildung
- Leitlinie 6 Verbesserung der Qualität der Schulen
- Leitlinie 7 Erhöhung der Anpassungsfähigkeit der Jugendlichen

Säule II: Entwicklung des Unternehmerteumes

- Leitlinie 8 Reduzierung der Gemein- und Verwaltungskosten für Unternehmen
- Leitlinie 9 Abbau der Hindernisse zur selbständigen Erwerbstätigkeit
- Leitlinie 10 Schaffung neuer Arbeitsplätze
- Leitlinie 11 Reduktion der Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit
- Leitlinie 12 Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf arbeitsintensive Dienstleistungen

Säule III: Förderung der Anpassungsfähigkeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern

- Leitlinie 13 Sozialpartnervereinbarung zur Modernisierung der Arbeitsorganisation
- Leitlinie 14 Reform der Arbeitsverträge
- Leitlinie 15 Investitionen in Humankapital

Säule IV: Chancengleichheit

- Leitlinie 16 Verringerung des Gefälles in der Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen und Reduktion der Arbeitsmarktsegregation
- Leitlinie 17 Bereitstellung von Versorgungseinrichtungen
- Leitlinie 18 Erleichterung der Rückkehr in das Arbeitsleben
- Leitlinie 19 Eingliederung von Behinderten

tivierungspläne für Jugendliche und Transferbezieher sein, zudem erhalten Arbeitgeber, die Beschäftigte im unteren Entlohnungsbereich einstellen, erhebliche Abgabenerleichterungen. Dänemark hat die Arbeitslosenquote seit 1993 mit Hilfe einer verstärkten aktiven Arbeitsmarktpolitik und umfassender Karenzierungsmodelle um 4 Prozentpunkte auf 6,1% (1977) gesenkt. Mittlerweile herrschen aufgrund der regen Beschäftigungsnachfrage verschiedentlich temporäre Engpässe auf dem Arbeitsmarkt. Diesen versucht man mit Qualifi-

zierungsanstrengungen und „individuellen Aktionsverträgen“ zwischen Arbeitsmarktservice und Arbeitslosen zu begegnen – damit soll vor allem der Anteil der Langzeitarbeitslosen weiter verringert werden.

Der französische Aktionsplan für Beschäftigung betont am stärksten die Bedeutung des Wirtschaftswachstums als Motor der Beschäftigungsentwicklung. Neben der forcierten Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt – die Jugendarbeitslosenquote hat in Frankreich fast 30% erreicht – wird der Verkürzung der regulären Wochenarbeitszeit besonderes Augenmerk geschenkt. Die Einführung der 35-Stunden-Woche, die mit 1. Jänner 2000 in Kraft tritt, soll in den nächsten Jahren 200.000 bis 300.000 neue Arbeitsplätze bringen. Im Gegensatz zur Betonung nachfrageseitiger Determinanten der Wirtschaftsentwicklung durch die französische Wirtschaftspolitik stellt die deutsche Bundesregierung den Vorrang der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen auch auf dem Arbeitsmarkt. Die britische Regierung setzt den Schwerpunkt ihrer Maßnahmen auf einer Intensivierung des „Welfare to Work Program“, das die Anreize für einen Wechsel vom Bezug passiver Transferleistungen zu aktiver Teilnahme am Arbeitsleben verstärken soll.

Die Maßnahmen der „Nationalen Aktionspläne für Beschäftigung“ werden in den nächsten fünf Jahren für eine Verstärkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik sorgen. Dabei werden die Mitgliedstaaten durch die Mittel der Europäischen Strukturfonds erheblich unterstützt; allerdings zeichnet sich zur Zeit keine merkliche Erhöhung

Current Upswing Supports Labor Market Policies in the EU – Summary

In 1998 and 1999, Europe is likely to post the highest economic growth in the triad. The current upturn tends to ease the pressure on the labor market and on public households. The main risks threatening the cyclical upswing emanate less from the development in South-East Asia than from the unstable situation in Russia.

The asynchronous development of the business cycle within the triad and the financial and economic crisis in South-East Asia have changed the pattern of growth in the global economy. The Asian region, formerly the main growth center of the world economy, is engulfed in a serious crisis. With domestic demand declining, South-East Asia is recording an economic slump in 1998. Japan, through its close financial and trade ties to the economies most affected, is the country most directly exposed to the Asian crisis. It is currently in a state of deflation. The U.S. economy has experienced a very favorable development since the middle of 1991. The weakening of exports, mainly a result of the rise in the value of the dollar, should lead to a slow-

down, despite the continued strength of consumer and investment demand.

The European economies are set to become the engines of growth for the world economy. Conditions exist for a long and vigorous upswing. The smooth transition to the EMU has contributed to stabilizing the expectations of investors and consumers. Nominal interest rates have declined markedly and relieved the interest burden for enterprises and public households. Fiscal policy should have a less restrictive effect than in the last few years. The weakness of commodity prices also tends to ease cost pressures. Growth in the EU could accelerate to 2¾ percent in 1998 and 3 percent in 1999. The cyclical upswing leads to a decrease in the unemployment rate to 10 percent, that will be supported by efforts of intensified active labor market policies in Europe („National Action Plans“). The more advanced reform countries of East-Central Europe are likely to continue the catching-up process, but Russia and the other countries of CIS remain in a critical situation – that could pose a considerable risk for Europe.

der Sozialfondsmittel auf europäischer Ebene ab. Die Verstärkung der Trainings- und Qualifizierungsanstrengungen kann die Anpassungsfähigkeit der Arbeitsmärkte steigern und zu einer Entlastung der angespannten Situation beitragen. Die wichtigste Determinante für die

Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung bleibt aber die Entwicklung der Gesamtwirtschaft. Mit dem Konjunkturaufschwung in der EU sollten – so er längere Zeit anhält – günstige Rahmenbedingungen für einen Rückgang der hohen Arbeitslosigkeit bestehen.